Frau Bundesumweltministerin
Steffi Lemke
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

Versand via E-Mail

Berlin, 21.11.2024

**Geschlossener Brief für starken Meeresschutz und gegen die Änderungen am Hohe-See-Einbringungsgesetz**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Steffi Lemke,

dank Ihrer Amtszeit als Umweltministerin haben die Meere das erste Mal in einer Regierung eine wahre Unterstützerin gefunden. Wir kennen und schätzen Ihr jahrzehntelanges Engagement als Meeresschützerin und möchten auf diesem Weg dringend an Sie appellieren, diese wichtigen Erfolge nun nicht aufs Spiel zu setzen.

Wir bitten Sie als Umweltministerin und Kämpferin für die Meere: Verhindern Sie die Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes (HSEG).

Wie Sie wissen, besteht mit der Ermöglichung von CCS eine akute Gefahr für eine Verwässerung des Umwelt- und Meeresschutzes. Die vermeintliche Klimaschutzwirkung von CCS ist darüber hinaus bei nüchterner Betrachtung der gesamten Emissionsbilanz, Energieaufwand und Kosten, sowie aufgrund der Erfahrungen mit der Branche der Öl- und Gasproduzenten nicht erwiesen und sogar sehr zweifelhaft.

Mit der Änderung des HSEG, des London Protokolls sowie des Kohlendioxidspeichergesetzes sollen Transport und Verpressung von $CO_2$ in den Meeren ermöglicht, und der Weg für Maßnahmen marinen Geoengineerings, sowie der Einsatz umweltschädlicher Dispergatoren vereinfacht werden.

Der Schutzgedanke des HSEG und die damit verbundene internationale Gesetzgebung darf nicht leichtsinnig geopfert werden.

Jüngste Informationen über gravierende Vorfälle in Sleipner/Norwegen und Decatur/USA haben die Sicherheit der $CO_2$-Endlager weiter erneut stark in Frage gestellt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass industriell abgeschiedenes $CO_2$ einen potenziell toxischen Mix an Begleitstoffen wie Quecksilber, Ammoniak und anderen enthält, die mit unter dem Nordseeboden entsorgt werden sollen. All jene genannten Risikofaktoren widersprechen dem Vorsorgeprinzip und sollten vor einer etwaigen Genehmigung von $CO_2$-Exporten und $CO_2$-Verpressung berücksichtigt werden.

Es besteht darüber hinaus die Gefahr, dass im Zuge der Änderung des HSEG kommerzielles Geoengineering doch legalisiert werden könnte. Bereits die Geoengineering-Forschung hat einen direkten Einfluss auf die Ökosysteme. Doch die Änderung dieser drei Regelwerke zusammen birgt das Potenzial verheerender Folgen für die marinen Ökosysteme. Die Vertragsstaaten der CBD haben zur COP16 im Oktober 2024 das de-facto Moratorium zu klimabezogenem Geoengineering bekräftigt. Die geplante Ermöglichung mariner Geoengineering-Methoden steht auch im krassen Kontrast zur CBD.

Sehr geehrte Frau Ministerin Lemke, wir bitten Sie dringlichst, die Änderung des HSEG zu verhindern. Stehen Sie dagegen ein, dass mit den Gesetzesänderungen der nationale und internationale Meeresschutz herabgesetzt und der weiteren Industrialisierung unserer Meere sowie gefährlichem Geoengineering Tür und Tor geöffnet werden.

Setzen Sie sich weiterhin für den Schutz der Meere, für den Erhalt und die Wiederherstellung eines naturnahen ökologischen und chemischen Zustands der Meere ein.

Für Rückfragen oder einen Gesprächstermin stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

[redacted]

| | | | |
|---|---|---|---|
| Patrick Rohde | Marie-Luise Abshagen | Martin Kaiser | Sascha Müller-Kraenner |
| Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland | Forum Umwelt und Entwicklung | Greenpeace | Deutsche Umwelthilfe |
| Interim Geschäftsführung Politik | Leiterin Nachhaltigkeitspolitik | Geschäftsführender Vorstand | Bundesgeschäftsführer |